



Rechtsausschuss

3. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

26. September 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

| | | |
|----------|---|----------|
| | Zur Protokollierung | 5 |
| 1 | Rechtspolitische Ziele der Landesregierung für die 16. Legislaturperiode | 6 |

Bericht des Justizministers

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, wegen der inhaltlichen Verbindung die Aussprache zu den TOP 1 und 2 im Anschluss an den Vortrag zu TOP 2 durchzuführen, erhebt sich kein Widerspruch.

¹ vertr. Teil zu TOP 7 s. vertr. APr 16/4

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Vorlage 16/132 (Erläuterungsband zu EP 04)

Bericht des Justizministers

Diskussion zu TOP 1 und TOP 2 27

(s. dazu auch Vorlage 16/231 vom 04.10.2012)

3 Gesetz zur Regelung des Jugendarrestvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Jugendarrestvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JAVollzG NRW) 32

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/746

Diskussion

Der Ausschuss beschließt eine Anhörung für den 21. November. Die Verständigung über Zahl und Namen der Sachverständigen und einen Fragenkatalog wird den Ob-leuten übertragen.

4 Fünftes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums 35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/178

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Diskussion

Der Ausschuss stimmt bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und der Piraten mit den Stimmen aller anderen Fraktionen für den Gesetzentwurf.

**5 Gesetz über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für
Tierschutzvereine 37**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/177

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, sich nachrichtlich zu beteiligen, sollte der federführende Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Anhörung durchführen. Sollte keine Anhörung stattfinden, wird der Vorsitzende zwecks Abgabe eines Votums den Punkt in die Tagesordnung für die nächste Sitzung im Landtag aufnehmen.

**6 Gesetz zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen
(Mittelstandsförderungsgesetz) 38**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/126 – Neudruck

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk für den 25. Oktober 2012 anberaumten Anhörung zu beteiligen.

**7 Tätlicher Angriff eines Gefangenen auf Mitarbeiterin der JVA
Schwerte (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) 39**

Vorlage 16/190

Diskussion

**8 Verzögerungen beim Bau der zentralen Unterbringung für
Sicherungsverwahrte in Werl (TOP beantragt von der Fraktion der CDU;
s. Anlage) 54**

Vorlage 16/191

Bericht des Justizministers

- 9 Erster Frau in Nordrhein-Westfalen droht Sicherungsverwahrung – Falschinformation der Öffentlichkeit durch Justizministerium (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) 58**

Vorlage 16/192

Diskussion

- 10 Stand der Umsetzung des Beschlusses zu TOP I.2 der Justizministerkonferenz vom 13./14. Juni 2012 (Paralleljustiz) in Nordrhein-Westfalen (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) 60**

Vorlage 16/193

Diskussion

- 11 Geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der über 1.100 Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen bei ihrer Arbeit (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) 62**

Vorlage 16/194

Diskussion

- 12 Verschiedenes 66**

- a) Terminplanung für das Jahr 2013 (s. Anlage) 66**

Die beschlossenen Sitzungstermine sind der Anlage zu entnehmen.

- b) Auswärtige Sitzung am 31. Oktober 2012 in der JVA Willich 66**

Aus der Diskussion

Zur Protokollierung

Jens Kamieth (CDU) beantragt für alle Punkte ein Wortprotokoll, beschränkt diesen Wunsch am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung dann aber auf die Tagesordnungspunkte 4 und 7.

4 Fünftes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/178

– abschließende Beratung und Abstimmung –

(vom Plenum am 13. September 2012 nach der ersten Lesung zur Federführung an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen)

Vorsitzender Dr. Robert Orth: Der Innenausschuss möchte die Beratungen zügig führen. Die Problematik ist, dass das Gesetz zum 31. Oktober 2012 ausläuft. Deswegen hat der Ältestenrat heute für den 23. Oktober eine kurze Plenarsitzung beschlossen, in der der Gesetzentwurf verabschiedet werden könnte, wenn er an diesem Tag die Mehrheit finden würde.

Wir müssten von daher dem Plenum eine Empfehlung mit auf den Weg geben, wie es mit dem Entwurf umzugehen hat. Natürlich geht unser Votum erst an den Innenausschuss. Dieser wird unser Votum bestimmt mit besonderem Interesse lesen und das in seine Entscheidung mit einfließen lassen.

Jens Kamieth (CDU): Ich bin kein Freund von Wahlkampfrhetorik, und ich glaube, mir ist der Satz „Rot-Grün kann’s nicht!“ im Wahlkampf nicht über die Lippen gegangen, weil ich das ein bisschen platt finde.

Aber dies hier ist ein schönes Beispiel: Wie kann man bei einem so einvernehmlichen Gesetz solch einen zeitlichen Druck aufkommen lassen, dass wir jetzt eine Sonderplenarsitzung dafür anberaumen müssen? Eine etwas stringenterer Sitzungsreihenfolge und ein etwas früheres Einbringen des Gesetzes – wir haben ja nach der Wahl schon eine Sondersitzung gehabt, um ein Gesetz einzubringen; andere Plenartage waren auch noch dazwischen – wären der Situation sehr viel angemessener gewesen.

Natürlich werden wir zustimmen, aber was das Verfahren betrifft: Großes Fragezeichen!

Justizminister Thomas Kutschaty: Nur eine kurze Antwort: Der Zeitplan sah vor, dass die abschließende Beratung und Abstimmung in den Plenarsitzungen 4./5. Oktober stattfinden können. Nach meinem Kenntnisstand war es nicht Wunsch der Regierungsfractionen oder der Landesregierung, diese Plenartage abzusagen.

(Thomas Stotko [SPD]: Wer hat das nochmal gewollt?! – Jens Kamieth [CDU]: Wie viele Sitzungen hatten wir bisher?! – Dagmar Hanses [GRÜNE]: Wir haben ja ein Wortprotokoll! – Thomas Stotko [SPD]: Wofür haben wir das eigentlich?!)

Vorsitzender Dr. Robert Orth: Also: Im Präsidium des Landtags sind alle Fraktionen vertreten. Ich habe nicht gehört, dass es eine streitige Entscheidung gewesen wäre. Nur so viel dazu.

Dirk Wedel (FDP): Ich möchte für die FDP-Fraktion für den heutigen Tag eine Enthaltung ankündigen. Das hängt nicht mit Artikel 10 zusammen, der letztlich nur die Frist um 14 Monate nach hinten verschiebt.

Interessant ist, wie es um die Evaluierung steht. Wenn die Fristverlängerung nicht kommen würde, hätte man schon längst evaluiert haben müssen. Daher meine Frage: Ist da überhaupt schon irgendetwas passiert?

Ansonsten ist das eine Sache, die hauptsächlich den Innenausschuss tangiert. Insbesondere bei zwei Artikeln sind vor allem auch die Kommunen betroffen. Dem wollen wir hier nicht vorgreifen. Deswegen letztendlich eine Enthaltung.

Artikel 10 ist an der Stelle ja unschädlich. Trotzdem drängt sich natürlich die Frage auf, ob bezüglich Artikel 10 hinsichtlich der Evaluierung schon irgendetwas passiert ist.

Dirk Schatz (PIRATEN): In dem Gesetzentwurf ist uns vor allem aufgefallen, dass fünf auf das Ende dieses Jahres bezogene Berichtspflichten entfallen sollen. Weil ich es noch nicht genau eruiert habe, werden wir uns jetzt erst einmal enthalten. Ich habe aber schon das Gefühl, dass sich die Regierung den Berichtspflichten, die jetzt eigentlich anliegen, entziehen will.

Ich habe das noch nicht eruiert. Daher sage ich dazu jetzt nichts weiter. Wir enthalten uns.

Der Ausschuss stimmt bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und der Piraten mit den Stimmen aller anderen Fraktionen für den Gesetzentwurf.